

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 2

SPD

Februar 2018



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

jetzt haben die Mitglieder das Wort. Und irgendwie es ist dafür auch Zeit. Nach dem Chaos, das in den letzten Tagen - und zum Teil Wochen - von der Führungsspitze angerichtet wurde, herrscht jetzt Klarheit: Die SPD wird von Olaf Scholz kommissarisch geleitet und Andrea Nahles wurde als Kandidatin für den Vorsitz nominiert. Der Bundesparteitag, auf dem gewählt werden soll, ist am 22. April.

Es ist traurig und erschreckend, welche Pirouetten bis hierhin gedreht wurden. Zurück bleiben beschädigte Personen und eine beschädigte Sozialdemokratie. Ich will an Martin Schulz meinen ausdrücklichen Dank richten. Wir gehen nicht gut mit unseren Führungspersonlichkeiten um. Ja, Martin Schulz hat Fehler gemacht, aber nicht nur er alleine. Er hat die Führung der SPD und die Spitzenkandidatur übernommen, als sich kein anderer danach gedrängt hat. Seine und unsere Hoffnungen, die sich vor allem bei seinem Einstieg mit ihm verbunden haben, haben sich nicht erfüllt. Was aber bleibt ist die Erfahrung, dass wir das Potential für weit über 30 % haben - ja genau vor einem Jahr in Umfragen jedenfalls auch hatten. Da geht also noch was, wenn wir uns zusammenreißen und besinnen: Ganz nach dem Vermächtnis von Willy Brandt, der uns gesagt hat „Besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht“.

Der vorliegende Koalitionsvertrag gibt sicher nicht alle Antworten für die heutige Zeit in 100% sozialdemokratischem Sinne. Aber es ist ein sehr gut verhandelter Vertrag, der in diesen Tagen per Post an alle Mitglieder verschickt wird und auch unter SPD.de natürlich schon im Internet zu finden ist. Die konservative Presse jammert über „70 % der Inhalte sind SPD“. Ich habe das nicht nachgezählt, aber Tatsache ist, dass vor allem bei der Europa - und Bildungspolitik, aber auch im Bereich Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Rente oder Pflege vieles festgelegt wurde, das wir derzeit in keiner anderen Konstellation im Bundestag umsetzen können. Darauf kommt es für mich an. Sozialdemokratische Politik ist dazu da, das Leben der Menschen besser zu machen. Und da das nicht auf einen Schlag funktioniert, geht es eben Schritt für Schritt. Dieser Vertrag geht die nötigen Schritte in unsere Richtung. Wir sind noch immer die zweitstärkste Partei in Deutschland. Und wir müssen wieder stärker werden. Ich finde deshalb, wir müssen zeigen, dass wir verstanden haben und die Regierungsverantwortung in einer Großen Koalition annehmen. Diesmal aber nicht darin aufgehen, sondern unser Profil unabhängig von der Regierung schärfen und in der Regierung der Kanzlerin nichts mehr durchgehen lassen. Dazu braucht es die Zustimmung der Mitglieder. Um diese bitte ich euch.

Herzliche Grüße,

Kreisweite Mitgliederversammlung

Am kommenden Montag möchten wir gemeinsam mit Leni Breymaier über das Für und Wider der GroKo anlässlich des Mitgliedervotums diskutieren und euch so die Entscheidung erleichtern. Denn der Vorstand beruft eine kreisweite Mitgliederversammlung ein. Wir wollen die Ergebnisse des Koalitionsvertrages aufbereiten und eure noch offenen Fragen beantworten. Der Abend soll Informations- und Diskussionsveranstaltung zugleich sein und uns die Möglichkeit zum Austausch bieten.

Wann: Montag, 19.02.2018,
18:00 Uhr - 21:00 Uhr.
Wo: Kursaal Bad Cannstatt,
Königsplatz 1, 70372 Stuttgart

Bürgeranliegen

Mich erreichten diesen Monat viele Zuschriften zu den Ergebnissen der Verhandlungen über den Koalitionsvertrag und zur Personaldebatte. Lob gab es für das Ergebnis für Langzeitarbeitslose von den Sozialunternehmen.

Weitere Themen waren die Bürgerversicherung - pro von Bürgerinnen und Bürgern und contra von Ärztinnen und Ärzten -, aber auch Themen rund um die Rentenpolitik, zum Familiennachzug, zu unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, den Kita-Gebühren und der Lebensmittel-Ampel.

Ja, die Mietpreisbremse wirkt!

Die neu veröffentlichte Studie des DIW Berlin beweist, dass die von der SPD durchgesetzte Mietpreisbremse wirkt. Sie wirkt vor allem in Regionen, in denen die Mieten besonders gestiegen sind, indem sie vor weiteren hohen Mietsteigerungen schützt. Eine gute Nachricht, nicht nur für alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter! Eine weitere Verschärfung der Mietpreisbremse konnten wir im Koalitionsvertrag aushandeln. Dort haben wir uns darauf geeinigt, dass Vermieter auf Anfrage offenlegen müssen, wie hoch die vorherige Miete war. Dadurch wird für Transparenz gesorgt und gesichert, dass die neue Miete tatsächlich maximal 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt.

Engpässe auf dem Wohnungsmarkt sollen durch Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und kommunale Instrumente zur einfacheren Bebauung brachliegender Flächen ausgeglichen werden.

Weitere Verhandlungserfolge im Bereich „Wohnen“ können [hier](#) nachgelesen werden.

Austausch auf Augenhöhe...

in der Vesperkirche



Die Pfarrerin Gabriele Ehrmann von der Evangelischen Diakonie und Martin Tertelmann vom Sozialunternehmen Neue Arbeit haben Langzeitarbeitslose und Politiker*innen zu einem Gespräch auf Augenhöhe eingeladen. Die langzeitarbeitslosen Menschen berichten von sich und ihren alltäglichen Hürden im Leben - und die Volksvertreter*innen hören in Ruhe zu.

Die Botschaft dieses Abends ist, dass man dem Bild des "faulen Erwerbslosen", das lange die Runden machte, etwas entgegensetzen muss.

Weiteres zur Veranstaltung findet sich [hier](#).

Im ausgehandelten Koalitionsvertrag gibt es für Langzeitarbeitslose neue Perspektiven durch mehr öffentlich geförderte Beschäftigung. 150.000 Menschen, die schon lange auf der Suche nach einer Arbeit sind, werden dabei unterstützt, endlich wieder in Arbeit zu kommen. Für Stuttgart könnte es dabei so um die 1.600 Frauen und Männer gehen, die gefördert werden könnten.

Familiennachzug: Integration, Migration und Flüchtlingspolitik werden mich durch meine neuen Zuständigkeiten im Bundestag diese Legislaturperiode mehr denn je beschäftigen. Mit dem neuen Koalitionsvertrag wird der Familiennachzug für subsidiär Geschützte wieder möglich. Ab dem 01.08.2018 endet die Aussetzung des Familiennachzugs. Ab da wird es monatlich 1.000 Menschen möglich sein, ihre Familie nach Deutschland zu holen. Angesichts der Begrenzung halte ich es für richtig, dass die Härtefallregelung bestehen bleibt. CDU und CSU wollten diese abschaffen. Aber auch weitere Erfolge wie das Nein zur Obergrenze stimmen mich optimistisch für die kommenden vier Jahre.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

